

TransMit Magazin

Kommunales Bildungsmanagement
für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

Ausgabe 7

- 7** Aus der Praxis: Hand in Hand mit kreisangehörigen Kommunen
- 10** Rückblick: Fachtag »Landmarke Bildung«
- 17** Gehen oder bleiben – was hält die Jugend auf dem Land?
- 20** Berichte aus den Kommunen



Thema: Bildung
in ländlichen Räumen

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung



Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement

Agentur TransMit



Deutsches
Jugendinstitut



▶ Sarah Beierle
Wissenstransfer

Liebe Leserinnen und Leser,

Abwanderung, Alterung, weite Wege – viele ländliche Regionen Mitteldeutschlands haben es mit Entwicklungen zu tun, die sich spürbar auf die Bildung vor Ort auswirken. In der siebten Ausgabe unseres TransMit-Magazins wollen wir ausgewählte Herausforderungen genauer unter die Lupe nehmen und vielversprechende Lösungsansätze vorstellen, die das kommunale Bildungsmanagement zu bieten hat.

Eine erste Orientierung liefert »Im Fokus«. Ulrike Richter beschreibt Besonderheiten ländlich geprägter Bildungslandschaften und daraus resultierende Konsequenzen für die kommunale Bildungsarbeit. Eine zentrale Herausforderung dabei ist die Zusammenarbeit zwischen Landkreis und Gemeinden. Unser Praxisbeispiel zeigt, wie der Kreis Lippe diese Kooperation seit mehreren Jahren erfolgreich gestaltet. Im »Rückblick« berichten wir von unserem Fachtag »Landmarke Bildung«, der im April 2019 in Altenburg stattfand. Den Einführungsvortrag hielt der Geograf Dr. Küpper vom Thünen-Institut. Im »Interview« haben wir ihn noch einmal zur Spezifik ländlicher Räume und zu seinen Ideen für die Bildung auf dem Land befragt. In unserer neuen Rubrik »Aus der Forschung« widmen wir uns der Jugend auf dem Land und der Frage, was Kommunen tun können, um junge Menschen in der Region zu halten. Schließlich gehen wir in »Vor Ort« der Frage nach, wie Bildung und Menschen trotz großer Distanzen zueinanderkommen. Bildungsakteure aus den Landkreisen Mansfeld-Südharz und Mittelsachsen berichten von ihrer Herangehensweise und ihren Erfahrungen.

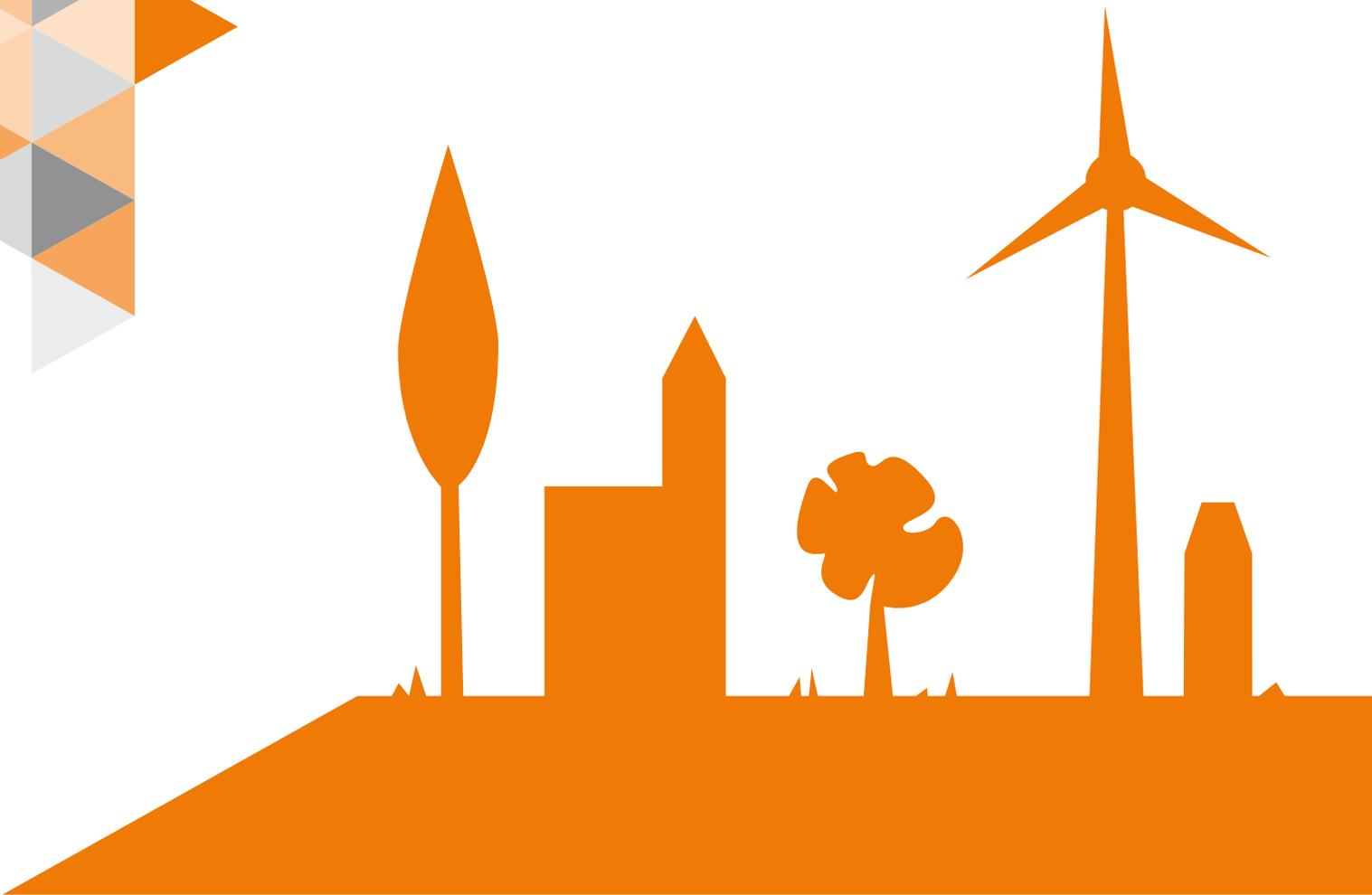
Viel Spaß beim Lesen wünscht Ihnen
Sarah Beierle

Inhalt

- 3 Im Fokus | Bildung in ländlichen Räumen
- 7 Aus der Praxis | Hand in Hand mit den kreisangehörigen Kommunen im Kreis Lippe
- 10 Rückblick | Fachtag »Landmarke Bildung«
- 14 Interview | Den ländlichen Raum gibt es nicht
- 17 Aus der Forschung | Gehen oder bleiben – was hält die Jugend auf dem Land?
- 20 Vor Ort | Berichte aus den Kommunen

Bildung in ländlichen Räumen

Wenn im Grundgesetz von »gleichwertigen Lebensverhältnissen« für alle die Rede ist, dann heißt das nicht, dass die Menschen in Stadt und Land unter gleichartigen Umständen lernen und leben können. Die Rahmenbedingungen in ländlichen Räumen sind andere. Die sich daraus ergebenden Bildungsmöglichkeiten dürfen es nicht sein. Gleiche Lebenschancen für alle zu ermöglichen, ist Aufgabe der Politik; die Bildungslandschaft entsprechend zu gestalten, ist Beitrag des kommunalen Bildungsmanagements in den Landkreisen.



Herausforderungen auf dem Land

Auch wenn es den einen idealtypischen ländlichen Raum nicht gibt und sich die Situationen in den Landkreisen unterscheiden (vgl. Interview S. 14), lassen sich für die ländlichen Regionen Mitteldeutschlands zwei grundlegende demografische Entwicklungen festmachen: Die Bevölkerungsdichte ist geringer als in den Städten und die Bevölkerungszahl sinkt. Der Anteil alter Menschen ist höher, weil die jüngere Bevölkerung abwandert bzw. abgewandert ist und weniger Kinder geboren werden.

Wenn immer weniger Menschen mit dem Bus fahren, ist der ÖPNV nicht mehr finanzierbar; denn die Grundkosten bleiben unabhängig von den Mitfahrenden konstant. Das gilt besonders für die Schülerbeförderung, die in den Händen der Landkreise liegt. Doch auch in anderen Bereichen führen Einschränkungen der Taktzeiten und des Personals im öffentlichen Personennahverkehr zu Problemen. Denn egal, ob Kita, Arbeitsplatz, Theater oder Fußballtraining – auf dem Land sind die Wege grundsätzlich länger und aufwendiger zurückzulegen als in der Stadt.

Ein Ansatz sind neue Mobilitätslösungen wie Rufbusse oder Fahrgemeinschaften, um kleine Orte mit den Grund- und Mittelzentren zu

verbinden. Besonders Kinder, Jugendliche, aber auch alte Menschen, die nicht selbst Auto fahren können, sind darauf angewiesen. Immer mehr Bildungsanbieter setzen zudem auf Online-Angebote, die orts- und zeitunabhängig abgerufen werden können. Jedoch braucht es dafür eine zuverlässige Netzabdeckung, die in vielen ländlichen Regionen bislang nur unzureichend vorhanden ist.

Besonderheiten in der Verwaltung

Strategie und Steuerung, Monitoring, Kooperation – in Landkreisen arbeiten die Akteure des kommunalen Bildungsmanagements unter anderen Rahmenbedingungen als in den Städten.

Auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung ist die Mobilität ein Thema. Lange Dienstwege zwischen dezentral organisierten Verwaltungsstandorten, Fahrten zu Gremiensitzungen oder Arbeitstreffen gehören zum Tagesgeschäft. Zudem liegt die Anzahl der Personalstellen in den Fachabteilungen unter denen der städtischen. Das erschwert den fachlichen Austausch und führt zu Engpässen im Vertretungsfall. Hinzukommen können veränderte Arbeitsstrukturen nach Kreisgebietsreformen.

Einzigartig in den Landkreisen ist die Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Gemeinden. Sie besitzen kommunale Hoheit in Aufgabenbereichen, die Schnittmengen mit dem Bildungsmanagement auf Kreisebene bilden. So verfügen die kreisangehörigen Gemeinden über eine eigene Trägerlandschaft. Sie unterstützen Sport-, Kultur- und Freizeitangebote und sind verantwortlich für Kitas und Grundschulen.

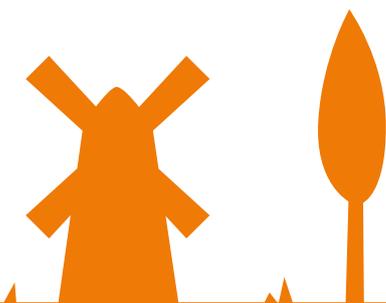
Auch der Landkreis fördert im regionalen Einzugsbereich Theater, Museen, Sporteinrichtungen und Kulturvereine. Er ist Träger der Gymnasien und Berufsschulen sowie der Musik- und Volkshochschulen. Zu unterscheiden sind pflichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge wie Sozial- und Jugendhilfe, Schulbau oder ÖPNV und freiwillige, die z. B. Museen, Jugendeinrichtungen oder Sportplätze betreffen. Auch das Bildungsmanagement gehört zu den selbstgewählten Aufgaben.

Zwischen Landkreis und kreisangehörigen Gemeinden gibt es keine Über- oder Unterordnung. Mit Blick auf die gesamte Bildungslandschaft braucht es zwischen beiden eine auf gemeinsame Interessen fußende Haltung und partizipative Formen der Zusammenarbeit als Kommunalfamilie.

Der Beitrag des kommunalen Bildungsmanagements

Im Bildungsbereich wird die Zusammenarbeit innerhalb der Kommunalfamilie auf vielfältige Weise deutlich. Im kommunalen Bildungsmanagement der Landkreise zeigt sie sich in einer engen Kooperation mit der gewählten Gemeindegemeinschaft. Eine solche Zusammenarbeit und transparente Beteiligung ist entscheidend, da Verantwortlichkeiten für Bildungsstätten und -angebote auf Kreis- und Gemeindeebene angesiedelt sind.

Um Bildungsthemen mit den Gemeinden zu erörtern, setzt das Bildungsmanagement auf vorhandene oder neu geschaffene Strukturen der Zusammenarbeit. So sind z. B. Entscheiderinnen und Entscheider der Gemeinden in



Steuerungsgremien für Bildung oder in regelmäßigen Kommunalgesprächen vertreten. Das Bildungsmanagement selbst kann als Geschäftsstelle in einem Bildungsbüro angesiedelt sein. Von dieser zentralen Stelle aus kann Bildung als Querschnittsthema systematisch in die Fachämter getragen werden. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Mitarbeitenden in der Kreisverwaltung die relevanten Schnittmengen ihres Arbeitsgebietes mit den Fragen des Lebenslangen Lernens gedanklich verknüpfen und bereichsübergreifend arbeiten können.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Bildungsmanagement moderieren z. B. Gremiensitzungen, bringen Themen ein und erstellen Beschlussvorlagen. Damit legen sie die Basis für eine langfristige Zusammenarbeit innerhalb der Kommunalfamilie.

► Daten bereitstellen

Für die Steuerung der Angebote in der Bildungslandschaft sind empirische Daten unabdingbar. Das Bildungsmonitoring kann Problemlagen sichtbar machen und daraus Ziele und Handlungsempfehlungen gemeinsam ableiten. Nützlich für die Planung auf Gemeindeebene sind z. B. die kleinräumigen Daten, aufbereitet in Regionalberichten. Für solche Erhebungen braucht das Bildungsmanagement einen Auftrag und verbindliche Ver-

einbarungen. Geht es beispielsweise um die Teilnehmerzahlen von Kursen oder Zahlen zum Schulbesuch, so ist zu klären, welche Daten in welcher Form vorhanden sind, geliefert werden können oder ggf. noch zu erheben sind.

Da die wenigsten Landkreise über eine eigene Statistikstelle verfügen, setzt oftmals das Bildungsmonitoring den entscheidenden Impuls, Daten verschiedener Ämter und der Gemeinden zusammenzuführen. Hier geht es z. B. um die integrierte Sozial- und Bildungsplanung oder das Zusammenspiel von Schulnetzplanung und Schülerbeförderung. Idealerweise nutzen die Fachbereiche eine gemeinsame Datenbank, das sogenannte Data Warehouse.

► Angebote neu denken

Alterung, schwindende Bevölkerung und Mobilitätsprobleme verändern die Bildung auf dem Land. Kürzung, Zentralisierung oder Aufgabe einzelner Angebote scheinen oft alternativlos, weil die Finanzierung nicht mehr aufzubringen ist. Wenn die Schülerzahlen sinken, legt die Schulnetzplanung gezwungenermaßen Klassen zusammen, bündelt Standorte oder schließt sie im ungünstigen Fall. Auch die Volkshochschulen reduzieren ihr Angebot aufgrund sinkender Nachfrage und Personalmangels. Leidtragend sind die Menschen vor Ort, die für ihre Bildung zeitlich aufwendige Wege und steigende Fahrpreise in Kauf nehmen müssen.

Damit »die Schule im Dorf bleibt« oder als Treffpunkt für alle erhalten bleibt, braucht es den Willen aller Beteiligten – aus der Gemeinde, dem

Landkreis und auf der Länderebene. Aufgabe des Bildungsmanagements ist es, einen Aushandlungsprozess zwischen den Akteuren in Gang zu bringen, zu moderieren und Alternativen aufzuzeigen. Denkbar ist z. B. die gemeinsame Nutzung eines Schulgebäudes durch verschiedene Träger von Kita, Elternberatung, Hort und Schule. Der Vorteil: Verschiedene Bildungsdienstleistungen können an einem Ort konzeptionell gebündelt und zusammen angeboten werden.

► Angebote für die Zielgruppe

Wenn der Anteil älterer Menschen steigt, sind passende Angebote für diese Bevölkerungsgruppe mit kurzen Wegen und weniger zertifizierten Lehrgängen gefragt. Wie eine Studie des Sächsischen Volkshochschulverbandes und der Hochschule Mittweida zeigt, wünschen sich ältere Personen eher Räume und Orte für Austausch und Begegnung, Freiraum für selbstorganisiertes Lernen sowie Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die beraten und organisieren.

Doch auch auf die Bedarfe junger Menschen muss reagiert und das Angebot entsprechend ausgerichtet werden. Auch hier kann das kommunale Bildungsmanagement unterstützen. Denkbar sind Bedarfsanalysen in unterschiedlichen Alters- und Zielgruppen. So können z. B. die Wünsche der Menschen in moderierten Gesprächen und Zukunftswerkstätten



aufgenommen, gebündelt und letztlich den politischen Gremien als Entscheidungshilfe vorgelegt werden.

► **Akteure vernetzen**

Ob Kultur, Sport oder Begegnung – die Herausforderung des Bildungsmanagements in ländlichen Räumen besteht darin, ein ausgewogenes wohnortnahes Bildungsangebot für die Menschen jeden Alters in die Fläche zu bringen.

Aufgabe des Bildungsmanagements ist es, die Träger und Anbieter einer Region in langfristig gesicherten Arbeitsgruppen zu vernetzen. Auf diese Weise können Angebote transparent, Lücken identifiziert und Formate angepasst werden. Im besten Fall werden Einzelangebote im Sinne einer kohärenten Bildungslandschaft aufeinander abgestimmt. So könnte man z. B. Veranstaltungsorte gemeinsam

nutzen oder von einem übergreifenden Bildungsmarketing profitieren.

Um möglichst viele Zielgruppen zu erreichen, sollten Angebote digital, dezentral und inhaltlich attraktiv gestaltet werden. Hier lohnt auch der Blick auf die Verbände der Landesebene; Initiativen aus der Landjugend, Erwachsenenbildung, Gründerszene oder dem Naturschutz können helfen, das Bildungsangebot breiter aufzustellen.

► **Beteiligung fördern**

Ob die gering ausgebaute Angebotslandschaft das Engagement der Menschen auf dem Land beeinflusst, ist noch nicht bewiesen. Unbestritten ist, dass sich die Menschen auf dem Land häufiger und intensiver in Ehrenamt und Vereinen engagieren als in der Stadt. Der Schatz, den es zu heben gilt, liegt in der freiwilligen Bereitschaft der Menschen, sich einzubringen.

Um Vielfalt zu ermöglichen und Toleranz zu fördern, ist es wichtig, die Initiativen und Impulse der Bürgerinnen und Bürger offen aufzunehmen und sie bei der Planung und Gestaltung der Angebotslandschaft zu beteiligen.

Das kommunale Bildungsmanagement hat auf dem Land die besondere Aufgabe, die Menschen im Ort zu unterstützen, ihre Wünsche zu formulieren und ihre Anliegen selbst zu organisieren. Es kann sie ermutigen, kreative Spielräume zu nutzen und dafür zu sorgen, dass ihre Interessen und Ideen in der Verwaltung Gehör finden und in der Planung berücksichtigt werden. Als Partner des Ehrenamtes kann das Bildungsmanagement engagierte Menschen vor Ort beraten und ihnen Räumlichkeiten oder Kontakte zu Netzwerken bereitstellen.

Grundsätzlich unterscheidet sich die Arbeit im Bildungsmanagement nicht zwischen Stadt und Land. Auch auf dem Land werden politische Entscheidungen durch Daten gestützt. Es wird organisiert, informiert, moderiert, vernetzt und beraten.

Jedoch sind vor der »Drohkulisse« verlassener Landstriche Angebote für Bildung, Kultur, Sport und Austausch dringlicher denn je. Es geht um die Zukunft ländlicher Räume und um Daseins- und »Dableibevorsorge«, wie es Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in seiner Eröffnungsrede des Zukunftsforums Ländliche Entwicklung 2019 ausdrückte. Bildungsmanagement kann dazu beitragen, dass trotz langer räumlicher Entfernungen die Wege zwischen den Menschen kurz bleiben. ◀

Text: Ulrike Richter (TransMit)

Weiterlesen:

- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Thünen Institut. www.landatlas.de, Stand 23.08.2019.
- Transferagentur Niedersachsen (2019): Newsletter TRANSFERkompakt Juli 2019. Thema: Kooperation von Landkreisen und kreisangehörigen Kommunen. <https://bit.ly/2Z7WJGi> Stand 23.08.2019.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e. V. Hrsg. Sächsischer VHS-Verband und Hochschule Mittweida (2019): Handreichung. Wie Bildung im Alter gelingt. Bonn.
- Beetz, S./Bender, P./Haubold, F. (2018): Erwachsenenbildung im ländlichen Raum. Ergebnisse der qualitativen Studie »Weiterbildungsbedarf in ländlichen Regionen im Freistaat Sachsen«. Chemnitz.
- Steinmeier, F. W.: Eröffnungsrede Zukunftsforum ländliche Entwicklung 2019 in Berlin. <https://bit.ly/2Z8Gusx>, Stand 23.08.2019.

Hand in Hand mit den kreisangehörigen Kommunen im Kreis Lippe

Der Kreis Lippe ist ein ländlich geprägter Flächenkreis im Nordosten von Nordrhein-Westfalen. Rund 350.000 Einwohnerinnen und Einwohner verteilen sich auf 16 kreisangehörige Städte und Gemeinden mit den größeren Zentren Detmold, Bad Salzuflen, Lemgo und Lage, in denen kleine und mittelständische sowie wenige größere Unternehmen angesiedelt sind.

Den hohen Stellenwert von Bildung auch für den Wirtschaftsraum Lippe hat der Kreis früh erkannt. Die Gründung der Stiftung Standort-sicherung mit den Förderbereichen Bildung, Wissenschaft und Forschung sowie Kultur und Ehrenamt im Jahr 2001 machte den Auftakt der kommunalen Bildungsförderung. Drei Jahre später übernahm der Kreis Lippe mit der Initiative »Jugend braucht Zukunft« erstmals eine steuernde und koordinierende Rolle im Bereich der beruflichen

Bildung. Die seinerzeit schwierige Lage auf dem Ausbildungsmarkt hatte in der Region einen enormen Handlungsdruck erzeugt.

Über die Jahre sind so Strukturen gewachsen und weitere Themen etabliert worden. Dieser Prozess mündete im Regionalen Bildungsnetzwerk mit insgesamt neun Handlungsfeldern (vgl. Abbildung S. 9) und den Querschnittsthemen Inklusion, Integration und Bildungsmonitoring. Unter seinem Dach sind die Bildungsaktivitäten des Kreises heute gebündelt. Die Verantwortung in den jeweiligen Handlungsfeldern tragen unterschiedliche Institutionen und Fachbereiche (Bildungsbüro, Lippe Bildung eG, Eigenbetrieb Schulen, Jugendamt). Dabei stimmen Lenkungskreis und Steuerungsgruppe Strategien und Maßnahmen auf- und miteinander ab. Darüber hinaus gibt es für jedes Handlungsfeld einen Fach-

ausschuss, einen Beirat oder Arbeitsgruppen, die die jeweils wichtigen Akteure beteiligen.

Kooperationsbeziehungen mit den Städten und Gemeinden

Um die Akzeptanz eines kommunalen Bildungsmanagements zu erhöhen, wurden die kreisangehörigen Städte und Gemeinden von Anfang an eingebunden. Grundlage hierfür ist eine im Jahr 2008 geschlossene Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen, dem Kreis Lippe und allen 16 Städten und Gemeinden.

Die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene gestaltet sich heute auf drei Ebenen:

- ▶ Die Städte und Gemeinden sind in die verschiedenen Gremien des Regionalen Bildungsnetzwerks



- ▶ Teilnehmerinnen und Teilnehmer auf der Bildungskonferenz »Schulsozialarbeit – vielfältig und professionell« am 17.05.2019 in Detmold, Kreis Lippe

(Lenkungskreis, Steuerungsgruppe, Arbeitskreis Schulentwicklung) und insbesondere auch in die strategische Ausrichtung des kommunalen Bildungsmanagements einbezogen. Sie beteiligen sich aktiv an der Gestaltung von Veranstaltungen wie der letzten Bildungskonferenz im Mai 2019 zum Thema Schulsozialarbeit.

- ▶ Darüber hinaus werden die Kommunen in den Handlungsfeldern des Regionalen Bildungsnetzwerks unter Berücksichtigung individueller Bedarfslagen unterstützt und beraten.
- ▶ Des Weiteren übernimmt der Kreis die Moderation sogenannter gemeindeübergreifender Interessen in einem Netzwerk der kommunalen Bildungsverantwortlichen.

Die beiden letztgenannten Punkte sollen im Folgenden erläutert werden.

Individuelle Bedarfslagen

Die Analysen des ersten Bildungsberichts 2010 haben gezeigt, dass Kennzahlen zur demografischen Entwicklung, Migration, sozialen Lage, Wirtschaft und zum Arbeitsmarkt in den kreisangehörigen Kommunen ganz unterschiedlich ausgeprägt sind. Insofern zeichnen sie das Bild einer sehr heterogenen Bildungslandschaft im Landkreis Lippe, an die die Aktivitäten der

Bildungsförderung angepasst werden müssen. Dazu wurden in den Jahren 2010 und 2011 sogenannte Bürgermeistergespräche durchgeführt. In ihnen wurden Bedarfe und Erwartungen der Kommunen erfasst und die Rolle des Kreises sowie gemeinsame Zielvorstellungen eines kommunalen Bildungsmanagements thematisiert.

Für die bereits festgelegten Handlungsfelder (z. B. Sprache, Familienbildung, Bildungsübergänge) wurden erste konkrete Unterstützungsangebote unterbreitet. Grundlage der Gespräche war ein datengestütztes Kommunalprofil für die jeweilige Stadt oder Gemeinde, das den Bildungsstandort anhand ausgewählter Indikatoren charakterisierte. In der Folge wurden vor Ort viele Programme aufgesetzt und passgenaue Maßnahmen ergriffen. Darüber hinaus sind mit der Unterstützung des Regionalen Bildungsnetzwerks in zwei Kommunen lokale Netzwerke zur Sprachförderung und zur Ausbildungsgewinnung etabliert worden.

Nachdem das Regionale Bildungsnetzwerk im Kreis Lippe nunmehr seit 10 Jahren besteht, werden die Städte und Gemeinden erneut besucht. An den jeweiligen Kommunalgesprächen nehmen die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister, Bildungsverantwortliche und gegebenenfalls weitere Akteure sowie Vertreterinnen und Vertreter des Regionalen Bildungsnetzwerks teil. Im Fokus stehen dabei der Austausch über bestehende An-

gebote der Kommune sowie zusätzliche Projekte und Programme des Netzwerks. Basis für die lokale Stärken- und Schwächenanalyse ist wiederum ein datengestütztes Kommunalprofil.

Zusätzlich wurde mit allen beteiligten Akteuren eine Matrix erarbeitet, die die Maßnahmen und Projekte des Regionalen Bildungsnetzwerks für die vorhandenen Einrichtungen der Kommune auf einen Blick transparent macht. Die Rückkopplung der kreisseitig initiierten Angebote mit den kommunalen Bedarfen zielt darauf ab, die Bildungssituation vor Ort weiter zu verbessern. Die Vereinbarungen aus den Kommunalgesprächen werden dokumentiert und ihre Umsetzung regelmäßig überprüft.

Moderation gemeindeübergreifender Interessen

Im Jahr 2011 rief das Land Nordrhein-Westfalen den Schulfrieden aus und verankerte die Möglichkeit zur Einrichtung von Sekundarschulen gesetzlich. Unter den lippischen Kommunen erzeugte das große Unsicherheit bezogen auf die kommunale Schulentwicklung. Angesichts eines dringenden Abstimmungsbedarfs bei der Schließung und Neugründung von Schulen hat die Bürgermeisterkonferenz den Kreis damit beauftragt, einen Bericht zur kreisweiten Schulentwicklung zu erstellen und das Schul- und Schulformangebot in Zeiten sinkender Schülerzahlen in den Blick zu nehmen.

Die Abstimmung der Analyseergebnisse erfolgte unter der Moderation des Landkreises zusammen mit den Bildungsverantwortlichen und Schulentwicklungsplanern der Kommunen. Dies war der Beginn eines heute drei bis viermal im Jahr tagenden Arbeitskreises mit Vertreterinnen und Vertretern der Städte und Gemeinden. Nach wie vor stellt das Bildungsmonitoring die Grundlage für Diskussionen bereit und ist Voraussetzung dafür, Handlungsbedarfe und wirksame Maßnahmen abzuleiten. Im Fokus des Arbeitskreises standen in den letzten Jahren die Entwicklung der

Förderschulen und des Gemeinsamen Lernens, die Entwicklung der schulischen Ganztagsangebote und zuletzt vor allem die Digitalisierung der Schulen. Aus seiner Arbeit sind beispielsweise Empfehlungen zur Entwicklung der Förderschullandschaft, ein Härtefallfonds zur Schülerbeförderung oder die Idee zur Einrichtung einer Medienbildungsagentur als Unterstützungsangebot des Kreises zur kommunalen Medienentwicklungsplanung hervorgegangen.

Die Städte und Gemeinden sind heute zentrale Partner im kommunalen

Bildungsmanagement und entsprechend in seine strategische Ausrichtung eingebunden. Insofern steht die Zusammenarbeit zwischen ihnen und dem Kreis Lippe auf einem starken Fundament. Auch für die Zukunft ist es wichtig, durch kleinräumige Analysen die Bildungssituation zu verfolgen und Unterstützungsbedarfe in Rückkopplung mit den Kommunen und den Akteuren vor Ort zu ermitteln. ◀

Text: Dr. Claudia Böhm-Kasper
(Kordinatorin Bildungsmonitoring im Landkreis Lippe)



► Organisationsstruktur – Themenbereiche im Regionalen Bildungsnetzwerk Lippe



Rückblick

Fachtag »Landmarke Bildung«

Landmarken sind weithin sichtbare Punkte in der Landschaft. Sie fallen ins Auge und geben Orientierung. Am 10. April 2019 haben wir gezeigt, dass auch Bildung zur Landmarke werden kann – wegweisend für die Menschen und Orte abseits der großen Städte. Auf unserem Fachtag in Altenburg diskutierten wir mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Kommunalverwaltung über die Zukunft ländlich geprägter Bildungslandschaften.

Bildung ist Treiber – für Wirtschaft und Gemeinschaft

Der Lichthof des Altenburger Landratsamtes ist gut gefüllt. Gegen 10 Uhr haben fast alle der insgesamt 80 Gäste ihre Tagungsunterlagen bei der Anmeldung erhalten. Offensichtlich beeindruckt vom Gebäude im Stil der Neorenaissance finden sie sich zu ersten Gesprächen an den Stehtischen zusammen. Doch der Austausch wird von einem lauten Gong unterbrochen. Es geht los!

»Wer gut gebildet ist, kann auch Gutes für die Wirtschaft leisten.« Uwe Melzer, Landrat im Altenburger Land,

zitiert Bernhard August von Lindenau, der zu den bedeutendsten Persönlichkeiten gehört, die den Landkreis geprägt haben. Doch nicht nur für die Wirtschaft wolle man Bildungsstrukturen schaffen, »die allen, die im Altenburger Land wohnen und wirken, eine gute Lebensqualität sichern.« Ein besonderes Augenmerk gelte den Bildungseinrichtungen, denn sie leisteten identitätsstiftende Arbeit und seien die Grundlage für eine lebendige Gemeinschaft, sagt der Landrat in seinem Grußwort.

Der ländliche Raum – eine Annäherung

Doch was macht das ländliche Mitteldeutschland eigentlich aus? Antworten liefern ein Vortrag von Dr. Patrick Küpper vom Thünen-Institut (vgl. Interview S. 14) und ein kurzes Online-Quiz, mit dem wir das Publikum auf die Foren des Nachmittags einstimmen. Und was haben wir gelernt? Der Landkreis Altenburger Land hatte mit einem Altersdurchschnitt von 49,5 Jahren 2016 die älteste Bevölkerung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Zirka zwölf Prozent der Menschen in Mitteldeutschland haben in den Jahren 2014 bis 2015 an einer beruflichen oder allgemeinen Weiterbildung teilgenommen. Der Saale-Holzland-Kreis hat aktuell mit einer Anzahl von 91 die meisten kreisangehörigen Städte und Gemeinden. Schulschließungen gehen nicht zwangsläufig mit einem Sterben der Orte einher. Vielmehr kommt es darauf an, wie die Kommune mit dem Wegfall dieser Infrastruktur umgeht, so der Ausblick auf unser Forum nach der Mittagspause.



► A, B oder C? Das Publikum stimmt beim Live-Quiz ab



► Jenny Richter dankt Landrat Uwe Melzer für sein Grußwort

Die Foren

Forum 1:

Chancen der Schulplanung

Sinkende Schülerzahlen und Schulschließungen stehen bei der Schulplanung häufig auf der Agenda. Nicht selten löst eine anstehende Schließung Protest aus. Dahinter stehe z. B. die Sorge vor längeren Wegen und dem Wegfall eines zentralen Begegnungsortes, sagt TransMit-Kommunalberaterin Dr. Anne Walde. Wichtig sei es, die Betroffenen zu beteiligen und gemeinsam nach alternativen Lösungen zu suchen, z. B. nach intelligenten Mobilitätskonzepten. Außerdem solle langfristig die Entwicklung der gesamten Region im Blick behalten werden.

Dr. Anja Reinermann-Matatko vom »Büro für demografische Analyse und Schulentwicklungsplanung – SEP Beratung« teilt diese Auffassung: Es solle geprüft werden, welche Funktion die Schule für den Ort übernimmt und wie diese nach einer Schließung weiterhin gewährleistet bleiben könne. Hierfür müssten neben dem Lehrpersonal, der Schülerschaft und den Eltern frühzeitig lokale Multiplikatoren aus Politik, Verwaltung und Gemeinwesen eingebunden werden.

Wie ein möglicher Ansatz im Umgang mit sinkenden Schülerzahlen aussehen kann, zeigt das Projekt »Haus der Kinder« im thüringischen Stiebritz im Saale-Holzland-Kreis. Hier konnte durch die Kooperation von drei Gemeinden eine Grundschule erhalten werden, indem im Jahr 2013 die Kindertagesstätte einer Nachbargemeinde in das Gebäude integriert wurde. Die Vorteile lägen auf der Hand, sagt Michael Döring, damals Bürgermeister der Gemeinde Lehesten und maßgeblich am interkommunalen Kooperationsprojekt beteiligt: »Eltern mehrerer Kinder zwischen 1 bis 10 Jahren haben nur einen Anfahrtsweg, die Kita übernimmt den Frühhort und der Übergang von Kindergarten zur Grundschule verläuft reibungsloser.«

Forum 2:

Erwachsenenbildung auf dem Land

Die Erwachsenenbildung führt abseits der großen Orte oft ein Schattendasein. Das zeigt sich nicht zuletzt an überschaubaren Fördermitteln und der geringen Sichtbarkeit und Nachfrage der Angebote. »Das ist verwunderlich, ist das Erwachsensein doch die längste Bildungsphase in unserem Lebenslauf«, sagt die stellvertretende Leiterin der TransMit Ulrike Richter. Es ist also Luft nach oben. Doch wo?

Friederike Haubold, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Hochschule Mittweida, konnte in einer Studie zu den Weiterbildungsbedarfen in ländlichen Regionen Sachsens erste Anhaltspunkte ausmachen. Demnach würden sich



► Austausch bei Kaffee und Kuchen im Lichthof

die Nutzerinnen und Nutzer heute eher informelle Lernmöglichkeiten wünschen. Bildungsanbieter hielten jedoch an ihren formalen und non-formalen Kursangeboten fest. Haubolds Schlussfolgerung: Um die Erwachsenenbildung auf dem Land zeitgemäß und bedarfsgerecht zu gestalten, brauche es niedrigschwellige Lernsettings und die Zusammenarbeit mit den Ortsansässigen. Die Landkreisverwaltung könne solche unkonventionellen Ansätze fördern, Beteiligung ermöglichen und die Finanzierung vor Ort absichern, so ihre Empfehlung.

»Lernen, wo wir leben« – das ist das Motto der im Land Brandenburg gesetzlich verankerten Regionalen Weiterbildungsbeiräte. Nicolle Wundrich, Leiterin der Geschäftsstelle Bad Belzig der Kreisvolkshochschule Potsdam-Mittelmark, stellt ein Gremium vor, in dem sich Akteure der Erwachsenenbildung austauschen und zusammenarbeiten. Kooperationen dieser Art seien in ländlichen Räumen zwingend notwendig. Nur so könne man die Kurse zielgruppengerechter ausrichten und die Zahl der Teilnehmenden erhöhen.

Forum 3: Altern im ländlichen Raum

Wie wollen sich ältere Menschen bilden und was kann getan werden, um ihren Wünschen gerecht zu werden? Das waren die zentralen Fragen des Forschungsprojektes »Bildung im Alter«, das vom Amt für Statistik, Wahlen und demografische Stadtentwicklung in Magdeburg von

2016 bis 2018 durchgeführt wurde. Zusammen mit ihren Kolleginnen und Kollegen hat Lina Handrek ältere Menschen aus dem Landkreis Mansfeld-Südharz und der Stadt Magdeburg zu ihren Bildungsbedürfnissen befragt.

Aktuell sorgten weite Anfahrtswege und hohe Kursgebühren für eine geringe Bildungsbeteiligung. Hinzu komme, dass übereinstimmend mit den Befunden der in Forum 2 vorgestellten Befragung auch diese Zielgruppe formal ausgerichteten Bildungsangeboten skeptisch gegenüberstehe. Sie bevorzugten den informellen Rahmen, alltagsnahe Themen und Lernangebote, die sie aktiv mitgestalten können. Beliebt seien z. B. Gesundheits- und Freizeitthemen, ausgerichtet am Miteinander, am Gebrauchtwerten, sagt Handrek.

Die Handlungsempfehlungen der Studie und die Ideen aus dem Forum gehen in ähnliche Richtungen: Es geht um niedrigschwellige digitale Angebote, eine Subventionierung der Gebühren durch die Kommunen und um eine zielgruppengerechtere Ausrichtung und Vermarktung der Kursangebote. Um stärker auf die Bedürfnisse der Älteren reagieren zu können, bieten sich z. B. Befragungen und Gruppendiskussionen an. Handrek empfiehlt darüber hinaus, vorhandene Strukturen besser zu nutzen, z. B. durch eine Wiederbelebung der Dorfgemeinschaftshäuser als Lernorte. Auch innerhalb der Kommunalverwaltung könnten die Strukturen und ressortübergreifende Planungen noch stärker auf die Bedarfe der Älteren

ausgerichtet werden, sagt TransMit-Leiterin Jenny Richter und verweist u. a. auf das Zusammenspiel von Bildungsmanagement, Altenhilfe- und Sozialplanung und zahlreichen Förderprogrammen im ländlichen Raum.

Forum 4: Kreisangehörige Städte und Gemeinden als Bildungspartner

Um Bildung zu gestalten, braucht es funktionierende Abstimmungsstrukturen zwischen Landkreisen und den angehörigen Gemeinden. Eine Musterlösung für alle gibt es auch hier nicht. Zu verschieden seien die Zuständigkeitsverschränkungen, zu groß die Unterschiede bezüglich Gebietsgröße, Bevölkerungsdichte oder Verwaltungsgliederung, sagt TransMit-Kommunalberaterin Dr. Cornelia Leser mit Blick auf die Ansätze in mitteldeutschen Kommunen.

Dass der Weg von der Gemeinde zum Landkreis ein gangbarer ist, zeigt das Modellprojekt »Bildungsstadt Braunsbedra«. Hier will man Prozesse und Strukturen erproben und diese bei Erfolg in den Saalekreis transferieren. Annett Hellwig, Leiterin des Amtes für Kultur, Bildung und Tourismus im Saalekreis und Steffen Schmitz, Bürgermeister von Braunsbedra, freuen sich über Maßnahmen, die aktuell vor allem von der ins Leben gerufenen AG Kita-Grundschule ausgehen: Sie reichen von einem gemeinsam mit den Eltern erstellten Beobachtungsbogen für die Entwicklungsgespräche in den Kitas bis zum Flyer »Soziale Landkarte« mit Unterstützungsangeboten für Eltern und pädagogische Fachkräfte. Zudem sorgt ein in Kooperation mit dem Gesundheitsamt entwickeltes Konzept zum richtigen Zähneputzen für große Zustimmung bei Eltern, Kitas und den Kindern selbst.

Auch Veith Urban setzt mit dem Projekt »Zörbiger Bildungslandschaft« auf Gemeindeebene an. Zusammen mit den Verantwortlichen der Stadt Zörbig und dem Verein Land. Leben. Kunst. Werk e. V. entwickelt er seit vielen Jahren Projekte für Jugend und Dorfleben in den Ortsteilen. Urban beschreibt u. a. ein Schülerbeteiligungshaus mit integriertem Berufsorientierungszentrum, das die Beteiligten zusammen auf den Weg gebracht haben. »Eine Bildungslandschaft muss es sich zur Aufgabe machen, solche heißen Kerne im Dorfleben zu finden und wiederzubeleben«, sagt Urban. »So kann die Gemeinde nicht nur Landmarke sein, sondern eigene, ganz unvergleichliche Duftmarken setzen, die in den Kreis ausstrahlen.«

Das lassen wir gern als Schlusswort so stehen und verlagern unsere Gespräche zurück in den Lichthof. Dort warten Kaffee, Kuchen und Altenburger Skatblätter darauf, den Tag gemeinsam ausklingen zu lassen. ◀

Text: Denis Thüerer (TransMit)



► »Lernen, wo wir leben« Nicolle Wundrich über Kooperation und zielgruppengerechte Angebote auf dem Land



► Lina Handrek stellt die Ergebnisse der Studie »Bildung im Alter« vor



► Landkreis und Gemeinde an einem Tisch: Steffen Schmitz und Annett Hellwig im Gespräch

Interview

Den ländlichen Raum gibt es nicht

Ruhe und Entschleunigung, Abwanderung, fehlende Infrastruktur und weite Wege. Die Bilder vom Landleben sind so vielfältig wie unsere Vorurteile. Doch wie sieht es tatsächlich aus auf dem Land? Und was heißt das für die ländlich geprägten Bildungslandschaften in unseren mitteldeutschen Städten und Landkreisen? Antworten gibt Dr. Patrick Küpper vom Johann Heinrich von Thünen-Institut im Interview.

► Geograf Dr. Patrick Küpper auf unserem Fachtag
»Landmarke Bildung«



Was macht den ländlichen Raum aus?

Küpper: Heutzutage existiert kein ländlicher Raum mit einer einheitlichen Kultur, Wirtschafts- und Versorgungsstruktur oder sozialen Schichtung. Die ländlichen Räume sind so vielfältig wie die Verdichtungsräume. Daher sprechen wir auch nicht mehr von dem ländlichen Raum, sondern von den ländlichen Räumen in der Mehrzahl. Was aber als Unterscheidungsmerkmal bleibt, sind bestimmte Siedlungsformen und Lagemerkmale. Für uns sind ländliche Räume überall dort, wo die Siedlungsdichte niedrig ist, es viele land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen gibt, die meisten Menschen in Ein- oder Zweifamilienhäusern wohnen, wenige Menschen im Umkreis leben und große Zentren schlecht erreichbar sind.

Wie ist es um die ländlichen Räume in Mitteldeutschland bestellt?

Küpper: Das ländliche Mitteldeutschland ist nicht so ländlich wie zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. Größere Städte sind vergleichsweise gut erreichbar, die Mittelgebirgslagen historisch von Bergbau und Industrie geprägt. Klein- und Mittelstädte sowie dicht besiedelte Täler sind charakteristisch. Leider sind die sozialen und wirtschaftlichen Bedingungen – wie in Ostdeutschland insgesamt – wesentlich schlechter als in Westdeutschland.

In Bezug auf die Infrastruktur ist das Bild differenzierter. So ist die Kinderbetreuung bei den Unter-3-Jährigen in Mitteldeutschland nach wie vor deutlich besser ausgebaut als in den meisten anderen Regionen. Auch die hausärztliche Versorgung ist nicht schlechter als in anderen ländlich geprägten Gebieten. Nach der Wende sind zahlreiche Angebote wie Schulen, Facharztpraxen oder Läden weggefallen. Damit wurden Entwicklungen nachvollzogen, die in den alten Bundesländern bereits Jahrzehnte früher stattfanden. Dieser Ausdünnungsprozess muss nicht unbedingt ein Problem sein, wenn die nächsten Angebote nicht weit entfernt liegen. In sehr dünn besiedelten Regionen mit alternder und sinkender Bevölkerung wie der Altmark oder der Lausitz ist es aber viel schwieriger, Infrastruktur vorzuhalten, die für alle gut

erreichbar ist. Menschen mit niedrigem Einkommen und dünner werdenden sozialen Netzen fällt es zudem schwerer, den Rückbau der Angebotslandschaft individuell auszugleichen.

Welche Herausforderungen sehen Sie für die mitteldeutschen Bildungslandschaften?

Küpper: Zunächst liegt der Anteil der sogenannten Schulabbrüche in vielen Regionen nach wie vor bei 10 Prozent oder höher. Dadurch entstehen nicht nur erhebliche Schwierigkeiten für das Leben der betroffenen Jugendlichen, sondern auch hohe gesellschaftliche Kosten. Der Nachwuchsmangel in den Betrieben wird zusätzlich verstärkt. Im Zuge des demografischen Wandels verlassen mehr Menschen den Arbeitsmarkt, als Nachwuchs nachkommt. Es studieren immer mehr junge Menschen, die dann aber kaum akademische Arbeitsplätze in mitteldeutschen ländlichen Regionen finden.

Der hohe Bedarf an Bildungsangeboten trifft auf begrenzte Zahlungsfähigkeit und geringe öffentliche Finanzen. Auch wenn aktuell die Zahl der jungen Menschen wieder etwas steigt, werden im Zuge des demografischen Wandels langfristig Infrastrukturen wie Schulen abgebaut werden. Auch im Bereich der informellen Bildung, die zum großen Teil von Vereinen und Ehrenamt übernommen wird, bestehen Nachwuchsprobleme. Eine Verschlechterung bestehender Angebote ist zu befürchten.

Was können die Bildungsverantwortlichen in den Landkreisen tun?

Küpper: Aus meiner Sicht sollte der Fokus der Verantwortlichen darauf liegen, die Zahl der Schulabbrüche zu senken. In Mitteldeutschland gibt es einige Regionen, die dabei sehr erfolgreich waren. In den Landkreisen Meißen oder Hildburghausen z. B. gehörte die Quote mit 15 bzw. 14 Prozent zu Beginn der 2000er noch zu den höchsten in ganz Deutschland. Mittlerweile liegt sie bei jeweils unter 6 Prozent, was in etwa dem Bundesschnitt entspricht. Hier könnte man genauer hinschauen, ob nicht andere Regionen von diesen Erfahrungen lernen

können. Meiner Meinung nach wird sehr viel Geld für den Reparaturbetrieb, z. B. in der Jugendhilfe, ausgegeben. Die Probleme entstehen aber viel früher, sodass man eigentlich schon ganz am Anfang der Bildungskette ansetzen, die informelle Bildung stärken und dabei auch die Eltern einbeziehen müsste.

Grundsätzlich ist Bildung für die regionale Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Für den Einzelnen gehen mit guter Bildung ein höheres Einkommen, ein besserer Gesundheitszustand, eine längere Lebenserwartung und höheres Wohlbefinden einher. Für die ländlichen Regionen sind gut gebildete Menschen als Fachkräfte für die Wirtschaft sowie den öffentlichen und sozialen Sektor essenziell. Sie engagieren sich zudem häufiger gesellschaftlich in Vereinen und Ehrenamt. Eine gut ausgebaute Bildungslandschaft stellt deshalb einen zentralen Standortfaktor dar.

Was können die Bürgerinnen und Bürger für die Bildungslandschaft vor Ort tun?

Küpper: Das bürgerschaftliche Engagement ist entscheidend für alle Angebote in den Bereichen Kultur, Sport und Freizeit und damit für die informelle Bildung in ländlichen Räumen. Die Alterung der Bevölkerung bietet zumindest theoretisch ein großes Potenzial für neues Engagement, da die Senioren oftmals Zeit haben und soziale Kontakte suchen.

In der Praxis zeigt sich aber, dass in den höheren Altersklassen nur wenige Menschen aktiv sind. Um das Engagement zu fördern, ist Anerkennung von großer Bedeutung. Das bedeutet nicht, dass politisch Verantwortliche einmal im Jahr eine lobende Rede halten. Vielmehr sollten Unkosten erstattet und die Eigenständigkeit der Ehrenamtlichen gefördert werden. Nichts demotiviert mehr, als wenn Engagierte den Eindruck gewinnen, sie sollten als billige Arbeitskräfte Hauptamtliche ersetzen.

Zudem können Vermittlungsstellen Angebot und Nachfrage nach bürgerschaftlichen Aktivitäten zusammenbringen und Bildungsangebote z. B. die der Volkshochschulen dabei helfen, die eigenen Interessen zu

ergründen und z. B. notwendige Managementfähigkeiten und rechtliche Kenntnisse zu erlangen. Schließlich benötigt Engagement auch eine gewisse Infrastruktur wie geeignete Räumlichkeiten oder Mobilitätsangebote.

Stichwort Digitalisierung:

Was wird sie den Menschen auf dem Land bringen?

Küpper: Erst einmal bestehen nach wie vor große Unterschiede zwischen Stadt und Land hinsichtlich der Breitbandversorgung. So hatten 2016 im Durchschnitt nur 60 Prozent der Haushalte in ländlichen Kreisen Mitteldeutschlands Zugang zu Breitbandinternet ab 16 MBit/s. In den Verdichtungsräumen waren es über 90 Prozent.

Die technische Verfügbarkeit ist aber nur die eine Seite. Letztlich kommt es darauf an, wie die Technik genutzt wird. Das Internet bietet heute vielfältige Informationen, die distanzunabhängig zugänglich sind. Es gibt z. B. Webinare, zertifizierte Online-Weiterbildungen oder Vorlesungen der Harvard Universität auf Youtube, die auch im Thüringer Wald verfolgt werden können. Doch nicht nur der Zugang zu den Angeboten wird leichter, auch die Transparenz der vorhandenen Angebote vor Ort kann durch digitale Lösungen erhöht werden.

Allerdings bleibt Bildung ein sozialer Prozess. Es müssen erst die Voraussetzungen geschaffen werden, um die vielfältigen Angebote sinnvoll nutzen zu können, damit aus Informationen Wissen wird. Mein Eindruck ist, dass bei der Digitalisierung stark über die Anschaffung von Technik diskutiert wird und dabei die pädagogischen Konzepte und die didaktische Weiterbildung der Lehrkräfte in den Hintergrund geraten.

Insgesamt gehe ich davon aus, dass digitale Angebote analoge punktuell unterstützen können, z. B. durch Telepräsenzlernen bei Spezialfächern, die ansonsten in einer kleinen ländlichen Schule nicht angeboten werden könnten. Die Digitalisierung wird aber sicherlich nicht alle Probleme ländlicher Räume lösen können. ◀

Das Interview führte
Denis Thürer (TransMit)



Aus der Forschung

Gehen oder bleiben – was hält die Jugend auf dem Land?

Die Frage, wie junge Menschen in ländlichen Räumen gehalten werden können, beschäftigt viele Kommunen in Mitteldeutschland. Die gute Nachricht ist, dass in den letzten Jahren die Chance auf einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz auch in ländlichen Regionen deutlich gestiegen ist. Doch führt dies allein schon dazu, dass junge Menschen vor Ort wohnen bleiben? Oder bleibt das Ausmaß der Abwanderung durch fehlende Qualifizierungsmöglichkeiten und eine eingeschränkte Infrastruktur weiterhin hoch?

Wer geht, wer bleibt?

In der DJI-Studie »Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen« wurden Gruppendiskussionen mit in ländlichen Räumen aufwachsenden Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren geführt. In Mitteldeutschland fanden Interviews im Landkreis Mansfeld-Südharz (Sachsen-Anhalt), im Vogtlandkreis (Sachsen) und im Kyffhäuserkreis (Thüringen) statt.

Seit ihrer frühen Jugend beschäftigt junge Menschen auf dem Land die Frage, ob sie später in der Region bleiben oder diese verlassen wollen. Nach wie vor sind die beruflichen Pläne das zentrale Entscheidungskriterium. Doch auch weitere Aspekte wie die soziale Eingebundenheit, der Anspruch an die Freizeitgestaltung, Erreichbarkeiten und das jugendliche Bedürfnis, neue Erfahrungen zu machen, spielen eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Um die Ergebnisse der Befragung zu veranschaulichen, wurden die insgesamt 60 interviewten Jugendlichen hinsichtlich ihrer Motivationen in fünf Typen eingruppiert: drei, die bleiben, und zwei, die ihrer Heimat zumindest vorläufig den Rücken kehren wollen.

Die Bleibewilligen:

- ▶ Der/die »Aussitzende« empfindet die eigene Lebensqualität als gering und bezieht diese insbesondere auf die starken Mobilitätseinschränkungen, die sich mit dem 18. Lebensjahr und einem eigenen Auto auflösen würden. Insofern müsse die Jugendzeit lediglich »durchlitten« werden, danach werde sich die Situation deutlich verbessern und die Lebensqualität so ansteigen, dass man gut in der Region leben könne.
- ▶ Der/die »Angepasste« hat sich mit den Bedingungen vor Ort arrangiert, identifiziert sich mit der Region und kann sich einen Fortgang nicht vorstellen. Lediglich bei langanhaltender Arbeitslosigkeit wäre dieser Typ bereit, den Wohnort zu verlassen, würde dann aber so nah wie möglich am Heimatort bleiben wollen, etwa in der nächsten (Klein-)Stadt, wenn es dort bessere berufliche Perspektiven gäbe.
- ▶ Der/die »aktive Bleibewillige« verfügt über einen großen Freundeskreis, nimmt zahlreiche Freizeitangebote wahr und ist zudem ehrenamtlich engagiert. Dieser Typ fühlt sich regional so stark eingebunden, dass er auch lange Pendelzeiten für seinen Beruf in Kauf nehmen würde, um am Wohnort verbleiben zu können. Ein Fortgang wird nur für einen deutlich lukrativeren Arbeitsplatz mit Aufstiegschancen in Erwägung gezogen.

Die Abwanderungswilligen:

- ▶ Der Typus »in Fluchtstellung« sieht seine Perspektiven vor Ort als sehr gering an, hat auch seine Freizeit bereits auf die (Groß-)Stadt ausgerichtet und sagt, dass er so schnell wie möglich weg will.
- ▶ Der/die »sozial aktiv Abwanderungsorientierte« ist zwar sozial stark eingebunden, möchte aber den Wohnort verlassen, um neue Erfahrungen zu sammeln und ein Studium oder eine Ausbildung in einer Großstadt zu beginnen. Eine Rückkehr ist für einen Teil dieser Gruppe vorstellbar, dann allerdings nicht zurück auf das Dorf, sondern zumindest in die nächste Kleinstadt, wo ein Mindestmaß an kulturellen und infrastrukturellen Angeboten vorhanden ist.

Die eine Jugend auf dem Land gibt es nicht

Die Befragung hat gezeigt, dass sich Jugendliche auf dem Land hinsichtlich ihrer Bedürfnisse und Wahrnehmungen teilweise stark unterscheiden. Fast alle Befragten sagen jedoch, dass sie sich insbesondere hinsichtlich der Themen Freizeitgestaltung, Mobilität sowie Netzanbindung deutlich gegenüber Jugendlichen im städtischen Raum benachteiligt fühlen. Oft fehlt ihnen der Zugang zu wohnortnahen jugendkulturellen Entwicklungsräumen, die für die Bewältigung zentraler Herausforderungen des Jugendalters (z. B. Herausbildung von Identität, Loslösung vom Elternhaus) wichtig sind. Unterstützung erfahren viele durch ihre Familien und persönliche Netzwerke (z. B. Fahrgemeinschaften). Jugendliche aus schwierigen Verhältnissen haben diese Hilfe aus ihrem Umfeld häufig nicht. Sie sind hierdurch zusätzlich benachteiligt.

Haltestrategien sollten nicht erst am Übergang in Ausbildung oder Beruf ansetzen, sondern die gesamte Jugendphase im Blick haben. Es geht darum, die Kommunen jugendgerechter zu machen und dabei die Bedürfnisse aller Jugendlicher zu berücksichtigen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft. Haben die Jugendlichen einen positiven Bezug zur Region, fühlen sich sozial eingebunden und finden jugendkulturelle Angebote vor, dann steigt auch die Wahrscheinlichkeit, dass sie in ländlichen Räumen bleiben wollen.

Doch auch wenn sich junge Menschen in der Region wohl fühlen, wird ein Teil von ihnen aufgrund fehlender Ausbildungs- und Lebensperspektiven die Region zumindest zeitweise verlassen. Zum Erwachsen- und Selbstständigwerden gehört außerdem, sich aus dem familiären Nahraum zu lösen und sich in anderen Umfeldern auszuprobieren. Daher kann es nicht zielführend sein, das Explorations- und Mobilitätsbedürfnis Jugendlicher zu unterbinden und ihr Weggehen per se zu verhindern.

Eher liegt es nahe, Bindestrategien auf potenziell Verbleibende zu beziehen und ihnen ihre beruflichen Möglichkeiten, z. B. durch Informations- oder Mentoren-Angebote, transparent zu machen. Denn sowohl Jugendliche als auch ihre Eltern als engste Berater in beruflichen Aspekten haben oftmals nur sehr ungenaue Vorstellungen von den Möglichkeiten einer betrieblichen Ausbildung vor Ort.

Eine weitere Zielgruppe für Kommunen sind die Rückkehrwilligen, die noch immer in der Region verwurzelt sind. Diesen Personen sind neben guten Arbeitsperspektiven insbesondere auch ein Mindestmaß an Infrastruktur und

familienfreundliche Strukturen wichtig. Von ihrem Rückzug profitieren dann insbesondere die Mittelzentren und deren Umfeld, weil dort diese Anforderungen am ehesten erfüllt werden.

Der Weg zur jugendgerechten Kommune

Gezielte Haltestrategien müssen aufgrund der strukturellen Besonderheiten vor Ort auf der kommunalen Ebene entwickelt werden. Denn Studien- und Qualifizierungsangebote, Arbeitsmarkt, Verkehrsanbindung oder Tourismus unterscheiden sich von Region zu Region mitunter deutlich und haben großen Einfluss auf die Attraktivität ländlicher Regionen.

Im Rahmen von »Jugend im Blick« wurden für die Entwicklung von Haltestrategien auf kommunaler Ebene folgende Umsetzungsschritte entwickelt:

1. Bestandsanalyse: Diese umfasst eine datengestützte Analyse zur demografischen Situation sowie zur Lebenswirklichkeit und Beteiligungspraxis Jugendlicher in der Region. Bei fehlenden Informationen bietet sich hier eine Nutzerbefragung an wie sie der Saalekreis zu Freizeitverhalten und Jugendarbeit durchgeführt hat.
2. Strategische Zielsetzungen: Vor dem Hintergrund der Bestandsanalyse sollte dann eine Leitbildentwicklung für eine jugendgerechte Kommune erfolgen, unterlegt mit strategischen Zielen. Hier gilt es, verschiedene Akteure, die mit Heranwachsenden zu tun haben, zusammenzubringen und dabei Kinder und Jugendliche selbst mit einzubeziehen. Erfahrungen mit der Partizipation von Jugendlichen wurden z. B. im Kyffhäuserkreis (Thüringen) im Rahmen der Demografiestrategie des Bundes gesammelt. Hierbei wurden von den Jugendlichen nicht nur Bedürfnisse geäußert, sondern bereits Forderungen und Vorschläge für verschiedene Handlungsbereiche entwickelt.
3. Implementierung: Dabei geht es darum, zielführende Maßnahmen und Initiativen konkret zu konzipieren und umzusetzen. Die Rahmenbedingungen einer Implementierung sollten den Jugendlichen zuvor transparent gemacht werden.
4. Monitoring: Idealerweise werden die Entwicklungen in verschiedenen Bereichen regelmäßig datengestützt analysiert.

Die vorherige Beschreibung ähnelt – wenn auch in weniger ausdifferenzierter Weise – den Prozessschritten, die sich für den Aufbau eines kommunalen Bildungsmanagements als sinnvoll erwiesen haben. Um weitere Sonderplanungen auf kommunaler Ebene zu vermeiden, sondern vielmehr die verschiedenen relevanten Akteure zusammenzubringen, empfiehlt es sich, den zuvor beschriebenen Prozess mit bestehenden Fachplanungen zu verbinden. Eine Zusammenarbeit von u. a. Bildungsmonitoring, Kreisentwicklungsplanung, Schulentwicklungsplanung und Jugendplanung würde sich als äußerst sinnvoll erweisen. Aufgrund der ausgewiesenen Expertise von Bildungsmanagement und Bildungsmonitoring in der Entwicklung von strategischen Zielen und Maßnahmen könnten diese die Entwicklung einer jugendgerechten Kommune ggf. unter eigener Federführung voranbringen oder zumindest maßgeblich zum Gelingen eines solchen Prozesses beitragen. ◀

Text: Sarah Beierle (TransMit)

Weiterlesen:

- ▶ Beierle, S./Tillmann, F./Reißig, B. (2016): Jugend im Blick – Regionale Bewältigung demografischer Entwicklungen. Projektergebnisse und Handlungsempfehlungen. Halle (Saale): DJI. <https://bit.ly/33M9iWq>, Stand 23.08.2019.
- ▶ Hemming, K./Tillmann, F./Fehser, S. (2018): Whats up? – Die Kinder- und Jugendstudie im Saalekreis. Halle (Saale): DJI.
- ▶ Schametat, J./Schenk, S./Engel, A. (2017): Was sie hält. Regionale Bindung von Jugendlichen im ländlichen Raum. Beltz Juventa. Weinheim und Basel.
- ▶ Wochnik, M. (2014): Aufbruch in dieselbe Welt. Bleibestrategien von Jugendlichen im ländlichen Raum. Tectum Verlag. München.

Weitersehen:

- ▶ Im Video hören Sie nachgesprochene Interviewpassagen aus der Studie »Jugend im Blick« <https://www.transferagentur-mitteldeutschland.de/aktuelles/beitraege/jugend-auf-dem-land/>



Vor Ort

Berichte aus den Kommunen

Wer sich auf dem Land bilden möchte, muss längere Wege in Kauf nehmen als in der Stadt. Das betrifft nicht nur die Fahrten zur Schule, Aus- und Weiterbildung, auch non-formale Bildungsangebote liegen für die Wenigsten um die Ecke. Stattdessen werden sie zentralisiert in größeren Orten angeboten, die oft nur mit dem Auto gut erreichbar sind. Vor allem für Jugendliche, ältere Menschen und Personen ohne eigenen PKW ist das ein nachvollziehbarer Grund, den zudem für sie nicht immer passenden Angeboten fernzubleiben. Die Folge: Die Zahl der Teilnehmenden bleibt hinter den Erwartungen zurück, die Bildungsanbieter geraten unter Druck. Die gute Nachricht: Kommunen und Anbieter beschreiten zunehmend neue und innovative Wege, Menschen und Bildung auf dem Land zueinander zu bringen. Wir stellen Ansätze aus Sachsen und Sachsen-Anhalt vor.

Landkreis Mittelsachsen

- ▶ Einwohner: 308.153
- ▶ Fläche: 2.116 km²
- ▶ Gliederung: 32 Gemeinden

Landkreis Mansfeld-Südharz

- ▶ Einwohner: 138.013
- ▶ Fläche: 1.449 km²
- ▶ Gliederung: 22 Gemeinden

► Im Interview: Jennifer Diehl

Bis August 2019 Bildungskordinatorin
für Neuzugewanderte im Landkreis
Mittelsachsen | Heute Koordinatorin
Integrative Maßnahmen

Frau Diehl, wo sehen Sie Herausforderungen bei der Erreichbarkeit Ihrer Bildungsangebote?

Diehl: Unser Landkreis ist in etwa so groß wie das Saarland. Die meisten der Neuzugewanderten sind an öffentliche Verkehrsmittel gebunden, was ihre Mobilität sehr einschränkt. Zudem musste ich leider miterleben, dass Bildungsangebote in einigen Regionen sehr drastisch abgebaut wurden. Das liegt am Rückgang der Zuweisungen für den Landkreis, aber auch an den sinkenden Teilnehmerzahlen der Kurse aufgrund ihrer schlechten Erreichbarkeit.

Ziel unserer Arbeit ist es, ein flächendeckendes, zielgruppenspezifisches und für alle gut erreichbares Angebot im Landkreis zu etablieren. Dabei konzentrieren wir uns vor allem auf die Sprachkurse, haben aber auch die für gesellschaftliche Teilhabe und interkulturelle Öffnung wichtigen informellen Angebote im Blick.

Wie wollen Sie die Menschen und Ihr Angebot besser zueinander bringen?

Diehl: Unsere Arbeit setzt an mehreren Punkten an. Hilfreich ist die direkte Angliederung an die Ausländerbehörde des Landkreises Mittelsachsen. In Absprache mit dem Bereich Asylbewerberleistung achten wir z. B. darauf, dass die Familien an ihren neuen Wohnorten einen guten Zugang zu Kitas oder Schulen haben. So wird den Kindern eine frühzeitige Integration ermöglicht und die Eltern können ihre Sprachkurse besuchen.

Zudem unterstützen wir die Sprachkursträger mit unseren Potenzialanalysen, die wir in verschiedenen Regionen durchführen. Zusammen mit den Mitarbeitenden unseres Stabs-

bereichs analysieren wir Personengruppen anhand ihrer Zugangsmöglichkeiten. Diese Informationen helfen den Trägern, ihre Angebote inhaltlich und örtlich besser auszurichten. Auf diese Weise konnten wir z. B. mit einem Träger in Mittweida nach einem Jahr Pause wieder zentral zugängliche Sprachkurse etablieren.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Transparenz von Bildungsangeboten. Mit unserer Sprachkursliste wollen wir der Zielgruppe und den Helferkreisen ein adäquates Informationsmittel an die Hand geben. Parallel entwickelten wir eine Angebotskarte mit Begegnungsräumen und Lernorten in Mittelsachsen. Alle Angebote wurden von uns aufgearbeitet und sollen zukünftig im Newsletter des Stabsbereiches vorgestellt werden. Eine Onlinepräsentation in Form einer virtuellen Landkarte ist ebenfalls angedacht.

Was wollen Sie in Zukunft auf den Weg bringen?

Diehl: Auch wenn wir auf die Infrastruktur des Landkreises nur sehr wenig Einfluss nehmen können, werden wir weiter daran arbeiten, vorhandene Angebote für die Zielgruppe trans-

parenter und damit bekannter zu machen. Bei den formellen Bildungsangeboten wollen wir die Träger dabei unterstützen, ein flächendeckendes Angebot bereitzustellen, damit bestimmte Regionen nicht abgehängt werden. Mit dem neuen Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz, das eine Öffnung der Sprachkurse beinhaltet, ergibt sich für uns eine weitere Chance, das Kursangebot im Landkreis um neue Standorte zu erweitern und zu verstetigen. Dafür haben wir zusammen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), der Agentur für Arbeit, dem Jobcenter Mittelsachsen und allen Bildungsträgern des Landkreises im Rahmen der Quartalsgespräche eine Präsentation geplant. Hier wollen wir das neue Gesetz vorstellen und Kooperationsmöglichkeiten aufzeigen.

Unsere Angebotskarte haben wir erstmalig auf dem Fachtag Migration im September 2019 in Rochlitz den hauptamtlichen und ehrenamtlichen Akteuren in der Integrationsarbeit vorgestellt. Wir hoffen, auch zukünftig weitere Akteure im Integrationsbereich für eine Zusammenarbeit zu begeistern.



► Die Stabsstelle Ausländer- und Asylangelegenheiten präsentiert sich bei der Integrationsmesse 2019.

► Im Interview: Jürgen Reitter

Leiter Kreisvolkshochschule Mansfeld-Südharz e.V.

Herr Reitter, wo sehen Sie Herausforderungen bei der Erreichbarkeit Ihrer Bildungsangebote?

Reitter: Die Kreisvolkshochschule Mansfeld-Südharz e.V. betreibt in den Städten Sangerhausen, Lutherstadt Eisleben und Hettstedt je eine Geschäftsstelle. Zusätzliche Angebote in ländlicheren Regionen kommen eher selten zustande, da dort die vom Land vorgeschriebenen Mindestteilnehmerzahlen schwer zu erreichen sind.

Wenn wir uns jetzt überlegen, dass unser Kreis eine Ost-West-Ausdehnung von etwa 60 km und eine Nord-Süd-Ausdehnung von 40 km hat, wird klar, welche Wege unsere Teilnehmenden zurücklegen müssen, die außerhalb der Geschäftsstellenstandorte leben. Da es im öffentlichen Nahverkehr kaum Verbindungen in den Abendstunden gibt, sind sie in der Regel auf einen eigenen PKW angewiesen. Das macht nicht nur den Älteren zu schaffen.

Wie wollen Sie die Menschen und Ihr Angebot besser zueinander bringen?

Reitter: Wir wollen vor allem die jungen Menschen stärker für unsere

Angebote begeistern, aber auch unserer aktuellen Teilnehmerschaft spannende und gut zugängliche Kurse bieten. Inhaltlich setzen wir verstärkt auf die politische Bildung. Zeitgleich erproben wir in verschiedenen Projekten die Möglichkeiten, die uns die Digitalisierung bietet.

Unser Angebot »Voll der Osten« kombiniert z. B. den klassischen Präsenzkurs mit einer Plakatausstellung, für die unsere Teilnehmenden Präsentationen zum Thema DDR-Geschichte erarbeiten und vorstellen. Organisation und Austausch der erstellten Inhalte und Arbeitsmaterialien läuft über unsere Moodle-Plattform, die wir im Rahmen des Modellprojektes »Digitalisierung des Unterrichtsgeschehens 2017–2018« in Betrieb genommen haben. Wie für alle unsere Veranstaltungen können sich Interessierte auf unserer Website informieren und anmelden.

Aktuell arbeiten wir am Projekt »vhs-digital – Digitalisierung des Unterrichtsgeschehens«, in dem wir u. a. Mischformen aus Präsenz- und Onlinekursen ausprobieren. Das freut besonders die jungen Menschen, die ihre Inhalte bequem mobil abrufen können. Sie können z. B. die Vokabeln aus ihrem Sprachkurs lernen oder sich zukünftig

an interaktiven Videokonferenzen mit ihrem Dozenten beteiligen. Eine solche Umstellung braucht natürlich Zeit und die Bereitschaft, sich auf Neues einzulassen – das gilt für Teilnehmende und VHS-Personal gleichermaßen. So mussten sich unsere Dozentinnen und Dozenten erst mit dem Gedanken anfreunden, nur noch auf digitale Tafeln zu schreiben. Die Vorteile des digitalen Arbeitens wie der automatische Upload des Tafelbildes in Moodle haben sie jedoch überzeugt. Ähnlich war es bei den Teilnehmenden, die wir in Schulungen für die neuen Möglichkeiten begeistern konnten.

Was wollen Sie in Zukunft auf den Weg bringen?

Reitter: Die Digitalisierung des Unterrichtsbetriebes ist die eine Seite, die Anpassung der dahinter laufenden Verwaltungsstrukturen eine andere. Wenn z. B. Anmeldungen digital eingehen, müssen sie auch digital verarbeitet werden. Deshalb widmen wir uns aktuell der Digitalisierung der VHS-Verwaltung. Die Untersuchung der Verwaltungsprozesse aus digitaler Sicht beginnt demnächst. Ziel ist es, möglichst viele Prozesse auf Basis lizenzfreier Software zu digitalisieren und mit unserem Dokumentenmanagementsystem zu verknüpfen. Außerdem werden in unseren Geschäftsstellen Informationsbildschirme in Betrieb genommen, die mit unseren Internetseiten, der Facebook-Seite und anderen internen Kanälen verknüpft sind. Das verbessert den Informationsfluss – intern wie extern.

Die Digitalisierung innerhalb der Verwaltung soll uns die Arbeit erleichtern und mehr Freiraum für eine gute Beratung zu unserem Kursangebot schaffen. Denn wenn mehr Menschen zu uns kommen sollen, müssen wir noch transparenter machen, was wir Passendes für sie zu bieten haben. ◀

Die Interviews führte
Denis Thüerer (TransMit)



► Kursplanung digital – Jürgen Reitter und sein Team gehen neue Wege.
v.l.n.r. Jürgen Reitter, Kerstin Otto, Kristin Simson

Impressum

TransMit Magazin – Kommunales Bildungsmanagement für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
Halle/Leipzig 2019

Copyright © 2019 Deutsches Jugendinstitut e. V.,
Transferagentur Mitteldeutschland für Kommunales Bildungsmanagement
Witzgallstraße 2, 04317 Leipzig
Telefon: +49 (0) 341-993923-0

info@transferagentur-mitteldeutschland.de | www.transferagentur-mitteldeutschland.de

Redaktion: Denis Thüerer, Transferagentur Mitteldeutschland für Kommunales Bildungsmanagement
Autorinnen und Autoren: Sarah Beierle, Dr. Claudia Böhm-Kasper, Ulrike Richter, Denis Thüerer
Inhaltliche Verantwortung: Jenny Richter (TransMit)
Fotos: Landratsamt Mittelsachsen (Stabsstelle Ausländer- und Asylangelegenheiten/Integrationsmesse Mittelsachsen), Lippe Bildung eG., Markus Scholz (marsfoto.de, Halle), bestweb/Shutterstock.com
Grafisches Konzept und Layout: Kathleen Rothe, Leipzig
Gesamtherstellung: Thomas Verlag und Druckerei GmbH, Leipzig
Auflage: 700 Exemplare
Stand: Oktober 2019

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung gefördert.





Ausgelesen? Hier geht's weiter!

► www.transferagentur-mitteldeutschland.de

Auf unserer Website finden Sie aktuelle Informationen, Veranstaltungen und Publikationen rund um das kommunale Bildungsmanagement in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

www.transferagentur-mitteldeutschland.de